

Antoine Math, In einer inegalitären Gesellschaft sind Lohnkürzungen unerträglich

Inhalte eines in der Ökonomie-Beilage der französischen Tageszeitung Le Monde vom 31.5.2011 erschienenen Interviews der Redakteurin Anne Rodier mit dem Ökonomen Antoine Math.

Originaltitel: „Réduire les salaires dans une société inégalitaire est insupportable“.

Antoine Math, seit 2001 am Pariser Forschungsinstitut IRES tätig, ist für ein im November 2010 erschienenes IRES-Spezialheft zur europäischen Sparpolitik verantwortlich („Der Sozialstaat in Zeiten der Austeritätspolitik“). Math ist seit 1998 der Direktion des EU-Ausschusses für „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ als Experte zugeordnet.

Inwieweit könnten die der Bevölkerung von der Politik abverlangten Spar-Opfer als vertretbar angesehen werden?

Es besteht grundsätzlich das Risiko, dass die verordnete Medizin die Krankheit weiter verschlimmert. Die Auswirkungen von staatlichen Ausgabenkürzungen auf das Wirtschaftswachstum sind dermaßen rezessiv, dass die beabsichtigte Haushalts-Sanierungswirkung vom Rückgang der Steuereinnahmen „weggefegt“ werden kann. So kann man etwa annehmen, dass die portugiesische Volkswirtschaft in den Jahren 2011 und 2012 um jeweils 2 % schrumpfen wird. Damit würde auch das Ziel der Beruhigung der Finanzmärkte nicht erreicht werden und die Auflegung immer neuer Sparpläne verschlechtert die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit eines Staates.

In der jüngsten Geschichte waren nur Kanada und die nordischen Länder in den 1990er Jahren Beispiele für erfolgreiche Staats-Ausgabenkürzungen ohne gleichzeitige wirtschaftliche Krise. In beiden Fällen herrschten jedoch besondere Umstände: Kanada konnte auf die amerikanische Importnachfrage bauen, die nordischen Länder konnten - was in der Euro-Zone ausgeschlossen ist - ihre Währungen abwerten.

Heute wird der ganzen EU von der Politik ein Sparkurs mit unterschiedlichen Auswirkungen verordnet. Das Export-Überschussland Deutschland kann zwar seine ihm wirtschaftlich eng verbundenen direkten Nachbarn (Belgien, Niederlande, dazu zentraleuropäische Länder wie Österreich, Tschechien...) zeitweise vor dem Niedergang bewahren. Doch wenn alle EU-Länder simultan voll auf Austeritätspolitik setzen, woher soll dann in der EU Wirtschaftswachstum kommen? Starke Einschnitte bei den Staatsausgaben werden jedenfalls die Rezessions-Perspektive verstärken.

Sind die Auswirkungen der Sparpolitik von Land zu Land unterschiedlich?

Der Effekt der Sparpolitik auf die wirtschaftliche Gesamtnachfrage ist überall derselbe, doch gab es seit Beginn der Sparpolitik große Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Ländern. In Ungarn, in den baltischen Staaten und in Irland erstickte die schon seit 2008 verordnete Sparpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Großbritannien, Griechenland, Portugal und Spanien praktizierten in dieser Zeit (unter dem Schutz von EU und IWF) noch eine Nachfrage-Ankurbelungspolitik und erst ab dem Jahr 2010, als die ursprüngliche Finanzkrise in eine Staats-Schuldenkrise umschlug, setzte in der EU der allgemeine Schwenk auf eine Sparpolitik ein.

Sehr radikal war das wirtschaftspolitische Umsteuern Mitte des Jahres 2010 in Großbritannien und Spanien. In beiden Ländern sanken zunächst Löhne und Gehälter und ab 2011 auch die Nachfrage nach Konsumgütern. Die Straßen-Demonstrationen in Spanien sind die ersten gesellschaftlichen Auswirkungen der Nachfrage einschränkenden Sparpolitik.

Warum gibt es nicht in allen Sparpolitik betreibenden Ländern soziale Bewegungen?

Das der jeweiligen Bevölkerung abverlangte Spar-Opfer ist - in Bezug auf die Lage des Jahres 2007, also vor der Krise - sehr unterschiedlich.

Gemessen an der Kaufkraft (Index 100 als europäischer Durchschnitt der 27 Mitgliedländer) betrug etwa in diesem Jahr das Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner in Irland 147, jedoch in Portugal 79. Zudem ist die Spar-Option, de facto eine Option zur Kürzung von Löhnen, Sozialleistungen und Einkommen um 20% bis 30%, in einem Land wie Griechenland mit sehr inegalitärer Sozialstruktur gesellschaftspolitisch besonders unhaltbar und unerträglich.

Es ist ein Ding, Sparanstrengungen Ländern mit funktionierender Redistributionspolitik zu verordnen. Ein anderes Ding ist es jedoch, über staatliche Ausgabe-Kürzungen in Ländern mit massiver gesellschaftlicher Inegalität Arbeitnehmer, Rentner und Familien zu Kasse zu bitten, während gleichzeitig Aktionäre der Banken wieder Dividendenausschüttungen anhäufen.

Das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit wird dadurch verstärkt, dass diese Länder keine Zukunftsperspektive haben. Teile der griechischen, spanischen und portugiesischen Bevölkerung haben jede Zukunfts-Hoffnung verloren, insbesondere junge Arbeitslose und Arme. Im Übrigen kann die vorgeschlagene Brutalmedizin - Halbierung der griechischen und portugiesischen Einkommen - nicht bei der Haushaltssanierung dieser Länder helfen.

Die in der EU derzeit praktizierte Sparpolitik könnte (mit ungunstigen Gefühlen) vielleicht dann akzeptiert werden, wenn sie zumindest glaubhaft wäre und bessere Zukunftsperspektiven eröffnen könnte. Das ist jedoch absolut nicht der Fall!